

Beschlussprotokoll der Delegiertenversammlung

2. März 2019, 10.45 – 15.40 Uhr, Pfarreizentrum Eichmatt, Goldau

Vorsitz: Christian Levrat

Protokoll: Bernhard Geiser, Julie Martin

Anwesend: 200 Delegierte und ca. 40 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

1. Eröffnungsgeschäfte

Rebekka Wyler eröffnet die Delegiertenversammlung.

Grussbotschaften von **Andreas Marty**, Präsident SP Kanton Schwyz, und **Karin Schwiter**, ehemalige Kantonsratspräsidentin, Kandidatin Nationalrat Schwyz. Auftritt mit klassischem Gesang von **Jonathan Prelicz** und seiner Partnerin **Rahel Bünter**.

Andreas Marty heisst alle Anwesenden herzlich willkommen. Die SP Schweiz sei zum ersten Mal hier in Arth-Goldau zu Gast. Auch wenn der Kanton Uri als rückständiger Kanton wahrgenommen werde, sei die SP Kanton Uri bereits vor 100 Jahren gegründet worden – und sie sei bis heute die einzige Oppositionspartei geblieben. Trotz dem konservativen Umfeld habe die Partei letztes Jahr einen Sieg verbuchen können mit der Annahme der kantonalen Transparenzinitiative.

Karin Schwiter hat eine gute und eine schlechte Nachricht. Der Kanton sei berüchtigt für Negativrekorde. So seien nur 9 Frauen im 100 Köpfigen Kantonsparlament vertreten, in Bern werde der Kanton von der SVP, CVP und FDP vertreten. Die gute Nachricht sei, dass es regelmässige Abwahlen gäbe und der Sitz der SVP wackle. Die SP sei gut aufgestellt und die Leute super motiviert. Wir werden im Herbst gewinnen!

Wahl der StimmenzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss der Delegiertenversammlung: So wie runtergelesen einstimmig gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss der Delegiertenversammlung: Karin Mader wird stillschweigend gewählt.

Tagesordnung/Schlussdokumentation

In der Schlussdokumentation sind nochmals sämtliche Papiere enthalten.

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen:

Traktandum 5: Wahlen 2019

- Positionspapier „Arbeit und Ausbildung für alle“ mit 31 Anträgen und Stellungnahmen der Geschäftsleitung.
- R-1 der Geschäftsleitung: Milliardenüberschüsse des Bundes in Bildung investieren.
- R-2 der SP MigrantInnen: Chancengleichheit in der Berufsbildung
- R-3 Ronja Jansen et al: Solidarität mit den Klimastreikbewegungen

Traktandum 7: Wahlgeschäfte

- Bewerbung Muriel Waeger für Co-Präsidium Fachkommission „Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität“

Traktandum 9, Resolutionen und Anträge

- R-4 SP60+: Keine Kürzung der laufenden BVG-Renten – Stärkung der AHV
- A-1 Ronja Jansen et al.: E-Voting Moratorium

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die aktualisierte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf müssen vor dem Beginn des Traktandums eingereicht werden.

Rededauer

Es wird auf eine Beschränkung der Redezeit verzichtet. Sieht die DV-Leitung aber, dass die Zeit knapp wird, wird sie per Ordnungsantrag eine Beschränkung der Redezeit beantragen.

Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen beim Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Wortmeldungen müssen bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden.

Protokoll der a.o. DV vom 29. September 2018 in Olten

Genehmigung des Beschluss-Protokolls der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 29. September 2018 in Olten. Dieses kann [hier](#) heruntergeladen werden. Ausserdem kann es beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Protokoll wird mit Dank an den Verfasser Simon Roth stillschweigend genehmigt.

2. Mitteilungen

- Initiative pour l'allégement des primes : l'initiative pour des primes abordables pour toutes et tous a été lancée mardi passé, 26 février, avec un évènement sur la Waisenhausplatz à Berne.
- Journée internationale de la femme du 8 mars : il y a sur les tables des prospectus et flyers pour l'action de 8 mars. D'autres prospectus sont disponibles auprès de Gina La Mantia. Si une section ou un parti cantonal souhaite organiser un évènement, il sera le bienvenu.

3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR

Le discours de Christian Levrat est à disposition en format PDF [ici](#).

Christian présente les quatre promesses de campagne pour les élections fédérales 2019 :

1. Politique climatique : S'engager pour le climat, et contenir le réchauffement climatique grâce à un plan. Le plan repose sur un double constat : il faut intégrer des réflexions sociales dans les réformes environnementales pour convaincre la population. Le second constat est que la politique du climat relève de la politique énergétique. Il faut s'attaquer à l'utilisation des énergies fossiles qui contribuent grandement aux émissions de CO₂. Le plan repose sur trois étapes : 1) l'électrification du parc automobile, 2) le développement des énergies renouvelables et en particulier du solaire, 3) la réduction des investissements dans les énergies fossiles d'ici 2025. Il faut limiter nos émissions CO₂ tout en améliorant la qualité de vie.
2. Allègement des primes : personne ne devrait payer plus de 10% de son revenu pour des primes d'assurance-maladie.
3. Egalité : Egalité politique, égalité salariale. Les femmes font grève le 14 juin prochain. Le combat est légitime et engage le modèle de société dans lequel nous voulons vivre.
4. Formation et travail pour toutes et tous : mise à niveau professionnelle pour les populations les plus fragiles. Le cœur de la proposition : permettre à toutes celles et ceux qui sont menacé-e-s par l'évolution technologique de suivre une mise à niveau professionnelle, amener tous les jeunes à faire un apprentissage, prendre en charge les frais de formation et d'entretien durant cette période.

Christian résume son discours en quelques points :

- JA zu Europa, JA zum Lohnschutz; Ja zu Schengen, Ja zum AHV-Steuergesetz.
- JA zu einer verantwortungsvollen Klimapolitik, zu Elektrifizierung unserer Mobilität, zu einem «Marshall-Plan» für die Solarenergie, zu Investitionen in erneuerbare Energien.
- JA zu Lohngleichheit, JA zu Chancengleichheit, JA zu einer Gesellschaft, die auf Jeden und Jede Rücksicht nimmt.
- JA zu einer Gesundheitspolitik für alle. JA zu einer Begrenzung der Krankenkassenprämien. JA zu Sparmassnahmen, die weder zu einer Rationierung noch zu einer Zwei-Klassen-Medizin führen.
- JA zur Berufsbildung, JA zu einer zweiten Chance für jene, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind.
- JA zur Integration von jungen Migrantinnen und Migranten in die Arbeitswelt.

Il est important de gagner les élections pour pouvoir renverser la majorité de droite et mettre en place ces réformes.

4. Rede Simonetta Sommaruga, Bundesrätin

Simonetta geht zuerst auf die Medienberichte über den „Krach“ innerhalb der Partei über das Rahmenabkommen ein. Sie sei nicht überrascht davon, interne Differenzen sollten auch gar nicht unter den Teppich gekehrt werden, denn es gehe um viel – um unsere Beziehung zu Europa und um den Lohnschutz. Diskussionen sollten jetzt erfolgen, auch im Bundesrat. Hitzige Diskussionen erzeugten daneben auch Wärme – und zwar eine solche, die dem Klima nicht schade. Diese Woche hatte Simonetta eine Gruppe von den Klima Jugendlichen im Haus, die fadengerade und ungeduldig ihre Forderungen präsentiert hätten. Ebenso direkt habe sie ihre Sicht der Situation geschildert. Der Klimawandel sei angekommen – und die damit verbundenen Wetterextreme seien belastend und kos-

teten uns bereits jetzt viel Geld. Deshalb fordert Simonetta einen Klima-Schulterschluss, von dem Umwelt, Arbeitsplätze und Bevölkerung gleichermaßen profitierten. Die Rolle der SP war und sei klar, schon immer hatte sie praxistaugliche Lösungen präsentiert und ist in der Klimapolitik vorausgegangen. Dies sowohl bei der Energiewende oder 1999 bei der Einführung des CO₂-Gesetzes, welches Moritz Leuenberger als SP-Bundesrat durchgebracht hatte. Statt jedes Jahr 16 Mrd. für Öl und Gas nach Saudi-Arabien, Katar und andere Öl-Staaten zu schicken, sollten wir unseren Werkplatz fördern und in Wind- und Solarenergie, Haussanierungen und kluge Heizsysteme investieren. Auch wenn natürlich jeder Einzelnen einen Betrag leisten könne bei der CO₂-Reduktion, müsse die Politik heute und jetzt die Weichen stellen und die grossen Entscheide fällen, da teile sie die Ungeduld der Jugendlichen. Diese Chance für das Klima und diese Chance für unsere Arbeitsplätze sollte nicht verpasst werden.

5. Wahlen 2019: Für alle statt für wenige. So brechen wir die rechtsbürgerliche Mehrheit im Bundeshaus!

1. Arbeit und Ausbildung für alle

Rebekka führt ins Traktandum ein und übergibt Nadine Masshardt das Wort, welche die Moderation macht.

Nadine freut sich sehr, in die Wahlen einzusteigen. Das Ziel sei klar: Die rechtsbürgerliche Mehrheit brechen! Denn diese Mehrheit wolle Kriegsmaterial in Konfliktländer exportieren und dabei bei den Schwächsten sparen, die Energiewende sabotieren, eine echte Gleichstellung verhindern und bei steigenden Krankenkassenprämien Steuerprivilegien für die Wohlhabenden durchsetzen. Mehr Demokratie, Rechtsstaat, und Solidarität - diese Werte teilten viele! Es brauche nun Tatbeweise einer neuen, konstruktiven Mehrheit. Dafür brauche es die SP, die sich für Umwelt und Mensch gleichermaßen einsetzt. Glaube man dem Wahlbarometer, bestehe die Gefahr, dass die FDP die SP überholt – was nicht passieren dürfe. Nur dank der SP gäbe es die AHV; das Frauenstimmrecht, die Energiestrategie 2050 und die Mutterschaftsversicherung. Diese Erfolge für alle statt für wenige dürften wir nicht vergessen und den Leuten gerne auch mal in Erinnerung rufen.

1.1 Arbeit und Ausbildung für alle: Präsentation und Verabschiedung Positionspapier

Ada Marra hält eine kurze Einleitung.

Le papier de position est extrêmement important pour le PS Suisse. Un nombre important de chômeurs, de personnes à l'aide sociale, ou travailleurs à temps partiel qui voudraient travailler davantage, ne trouve pas de travail. Le marché du travail n'est pas aussi idéal que la droite le prétend. Les populations particulièrement touchées sont les femmes, les migrant-e-s, les +50 ans, les étudiant-e-s. Ce document prévoit l'accès à l'emploi et à la formation pour toutes et tous. Il faut proposer aux personnes concernées des mesures réalistes pour ne pas sortir de marché du travail et pour pouvoir plus facilement y entrer. Pour ce fait, l'encouragement ne suffit pas. Il faut garantir une sécurité financière pour pouvoir se former. Comment financer ces mesures ? La Confédération fait depuis 20 ans des bénéfiques structurels. On demande qu'une partie de cet argent soit versée dans un fond.

Michael prend la parole et introduit les propositions.

Silvia Locatelli (PSN) présente une prise de position globale pour toutes les propositions neuchâtelaises. Le parti cantonal est ravi du thème. Le PSN a produit des amendements qui visent à encore mieux prendre en compte les défis. Il est de l'intérêt et du devoir des employeurs de prendre leurs responsabilités.

Wortmeldung: Julie Baumgartner (JUSO, JS)

A-1: SP Kanton St. Gallen

Wortmeldung: Hansheiri Keller (PS SG)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Forderungen des Antrags sind sehr berechtigt und wurden auch im neuen Wirtschaftskonzept „Unsere Wirtschaft“ (verabschiedet am Parteitag vom 1./2. Dezember 2018 in Brugg-Windisch, siehe vor allem Kapitel 3.1.5 Löhne und Arbeitsbedingungen sichern) aufgenommen. Im vorliegenden Positionspapier und im ersten Punkt geht es vor allem um die Ausbildung am Arbeitsplatz (on the job), die gerade verhindern soll, dass (ältere, aber auch andere) Arbeitende entlassen werden, weil ihre Qualifikationen entweder mit der Zeit entwertet wurden oder nicht mehr den geänderten Anforderungen entsprechen. Wir möchten deshalb diese zentrale Massnahme eines Parallelen-Bildungsangebots nicht nur auf ein drittes Element zur Bekämpfung der Entlassung von Arbeitenden über 50 Jahre eingrenzen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: L'amendement est retiré.

A-2: Graziella Koch und Heinz Oppliger

Wortmeldung: -

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten A-5.

Begründung: Der PSN fordert, dass die Arbeitssuchenden bei Entlassungen bereits während der Kündigungsfrist die Möglichkeit erhalten, sich für andere Arbeitsplätze erfolgversprechend zu qualifizieren.

Beschluss der Delegiertenversammlung: L'amendement est retiré.

A-3: Parti socialiste neuchâtelois

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.

A-4: Parti socialiste neuchâtelois

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.

A-5: Parti socialiste neuchâtelois**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.A-6: SP Kanton St.Gallen**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.A-7: Parti socialiste neuchâtelois**Wortmeldung für die GL:** Roger Nordmann**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme**Begründung:** Wir möchten am Begriff der „Marktmacht“ für die Menschen mit wenig Ressourcen festhalten. Die Gutscheine sollen dazu führen, dass auch tatsächlich bedarfsorientierte Angebote in ausreichendem Masse zur Verfügung gestellt werden.**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Le PSN se rallie à la proposition telle que modifiée.A-8 : Mike-Justin KABONGI**Wortmeldung:** Mike-Justin Kabongi

Dans notre politique, nous ne devons pas avoir honte de parler du retour des migrants. La formation ne doit pas se limiter à l'intégration dans le marché du travail en Suisse mais aussi bénéficier aux personnes lors du retour dans leur pays d'origine. Il est important d'intégrer les communautés étrangères dans la politique. Ils ont besoin d'être soutenus pour revenir dans nos rangs, car seul le PS intègre les migrants dans la politique en Suisse.

Wortmeldung für die GL: Ada Marra**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung**Begründung:** Das Recht auf Ausbildung und Arbeit soll ja eben gerade für alle Arbeitnehmenden gelten – unabhängig von Nationalität, Alter oder Ausbildungsstand. Natürlich braucht es Weiterbildungsmöglichkeiten, die auf die individuellen Bedürfnisse der Personen zugeschnitten sind. Personengruppen aufgrund ihrer Nationalität anders zu behandeln, hält die GL jedoch nicht für zielführend. Es ist die Politik der Rechten, einzelne Anspruchsgruppen gegeneinander auszuspielen und zu bevorzugen oder zu benachteiligen. Unser Angebot lautet: Es darf nicht sein, dass es in der Schweiz Menschen gibt, die arbeiten möchten, aber es nicht dürfen. Das Recht auf Ausbildung und Arbeit gilt für Zugewanderte genau gleich wie für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger oder für Arbeitnehmende über 50.**Beschluss der Delegiertenversammlung:** L'amendement est retiré.A-9: Parti socialiste neuchâtelois

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.

A-10; Parti socialiste neuchâtelois

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.

A-11; Nadia Kuhn, Lorena Stocker, Hannah Pfalzgraf, Lewin Lempert, Bertil Munk, Camille Cantone, Dario Engeloch, Andrea Simonett, Ronja Jansen, Julia Baumgartner

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme (ist zwar bereits eine Forderung im Wirtschaftskonzept „Unsere Wirtschaft“, macht aber hier Sinn, um den Zusammenhang darzustellen).

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.

A-12; Parti socialiste neuchâtelois

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.

A-13; Parti socialiste neuchâtelois

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.

A-14 ; Mike-Justin KABONGI

Wortmeldung: –

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL sieht keine Verbesserung in der Neuformulierung der These 6.

Beschluss der Delegiertenversammlung: L'amendement est retiré.

A-15: Parti socialiste neuchâtelois**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.A-16: Martine Docourt, SP Frauen * Schweiz**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme**Begründung:** Wir können die Kritik am Satz zu den Teilzeitpensen nachvollziehen. Er wird in den Antrag A-23 aufgenommen. Den letzten Satz kann man zugunsten von A-23 streichen.**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.A-17: Graziella Koch**Wortmeldung:** –**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung**Begründung:** Die Forderung ist berechtigt. Allerdings ist sie in der vorliegenden Form sehr allgemein gehalten. Man müsste die These sehr viel konkreter fassen. Gleichzeitig wollen wir uns in diesem Papier vor allem auf die Aus- und Weiterbildungsaspekte konzentrieren. Die vorgebrachte Forderung sollte im Zusammenhang mit unseren Positionen zur Sozialpolitik vertieft werden.**Beschluss der Delegiertenversammlung:** L'amendement est retiré.A-18: Parti socialiste neuchâtelois**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme**Beschluss der Delegiertenversammlung:** Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.A-19 ; Mike-Justin KABONGI**Wortmeldung:** –**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung**Begründung:** Die Forderung ist bereits in den oben dargestellten Forderungen in sehr viel ausführlicherer Form enthalten.**Beschluss der Delegiertenversammlung:** L'amendement est retiré.

A-20: Islam Alijaj, SP Zürich 9

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die GL ist mit der Forderung einverstanden und möchte sie übernehmen. In der Form schlagen wir folgende Anpassungen vor:

11: Inklusion in der Arbeitswelt und bei der Berufsbildung von Menschen mit Behinderung: Zwar beinhalten das Behindertengleichstellungsrecht, das Sozialversicherungsrecht sowie das Berufsbildungsgesetz Bestimmungen, welche die Inklusion in der Arbeitswelt und bei der Berufsbildung fördern sollen. Sie zeigen jedoch in der Praxis viel zu wenig Wirkung.

Bis heute verfügen Bund und Kantone weder über eine Strategie noch über einen Aktionsplan zur umfassenden Umsetzung der Verpflichtungen nach Art. 27 BRK. Eine solche Strategie ist aber zwingend nötig. Dazu gehört die Möglichkeit, eine IV-Rente zu sistieren, wenn eine Person mit Behinderungen eine Stelle findet. Diese soll sofort wieder aufleben, wenn die Stelle aus nicht gesundheitlichen behinderungsbedingten Gründen wieder verloren geht. Gleichzeitig ist die im Zusammenhang mit einer Erwerbstätigkeit erforderliche Assistenz am Arbeitsplatz von der IV als „berufliche Massnahme“ zu übernehmen, unabhängig davon, ob sie ein Hilfsmittel ersetzt oder ob eine Hilflosenentschädigung bezogen wird.

Es ist ein Anreizsystemen zur Förderung der Anstellung von Menschen mit Behinderungen im primären Arbeitsmarkt zu prüfen sowie die Finanzierung einer adäquaten beruflichen Grundausbildung auch für Menschen mit schweren Behinderungen sicherzustellen, die voraussichtlich trotz Ausbildung auf eine Rente angewiesen sein werden.

Schliesslich ist die Barrierefreiheit von Lehr- und Lernmitteln im Berufsbildungsgesetz zu verankern, mit der Verpflichtung zur Verabschiedung von Standards.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag wird zugunsten dem Vorschlag der GL zurückgezogen.

A-21: Graziella Koch und Heinz Oppliger

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.

A-22: Parti socialiste neuchâtelois

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.

A-23: Natascha Wey, SP Frauen * Schweiz

Wortmeldung: –

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die GL ist mit der Forderung einverstanden, schlägt aber eine Präzisierung vor, um eine klare Verbindung zur Weiterbildungsproblematik herzustellen:

Die Förderung der Finanzierung der externen Kinderbetreuung muss ausgebaut und die Kantone müssen stärker in die Pflicht genommen werden. Die Kleinkindbetreuung ist in der Schweiz viel zu teuer und oftmals auch nicht auf die spezifischen Bedürfnisse von Teilzeitarbeitenden und Aus- und Weiterbildungsangebote ausgerichtet. Das muss sich ändern. Dies ist mit ein Grund, wieso sich sehr oft die Frauen entscheiden, nach der Mutterschaftspause nur reduziert in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Wir fordern qualitativ gute und zugängliche Angebote für die Förderung und Betreuung von Kleinkindern ab Geburt. Dazu gehört, dass Männer ihre Arbeitszeit verkürzen können. Dazu gehört, dass Männer ihre Arbeitszeit verkürzen können.

Zudem müssen Arbeitgeber Teilzeitarbeitende gleichwertigen Zugang zu Aus- und Weiterbildung gewähren wie Vollzeittätigen und diese mitfinanzieren.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Les motionnaires se rallient à la proposition telle que modifiée.

A-24; Nadia Kuhn, Lorena Stocker, Hannah Pfalzgraf, Lewin Lempert, Bertil Munk, Camille Cantone, Dario Engeloeh, Andrea Simonett, Ronja Jansen, Julia Baumgartner.

Wortmeldung: –

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die Arbeitszeitfrage wurde im neuen Wirtschaftskonzept „Unsere Wirtschaft“ ausführlich und in einem weiteren Zusammenhang diskutiert und vom Parteitag am 1. und 2. Dezember 2018 beschlossen. Ein Antrag auf Reduktion der Arbeitszeit auf 25 Stunden wurde vom Parteitag mit grosser Mehrheit abgelehnt. Im Wirtschaftskonzept ist die 35-Stunden-Woche als Ziel verankert. Es wäre nicht kohärent und nicht demokratisch, den Entscheid des Parteitags bereits nach drei Monaten wieder in Frage zu stellen. Darum schlägt die GL vor, die Forderung wie folgt abzuändern: Réduction du temps de travail à 35 heures

Beschluss der Delegiertenversammlung: Les motionnaires se rallient à la proposition telle que modifiée.

A-25; Nadia Kuhn, Lorena Stocker, Hannah Pfalzgraf, Lewin Lempert, Bertil Munk, Camille Cantone, Dario Engeloeh, Andrea Simonett, Ronja Jansen, Julia Baumgartner

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.

A-26; Délégués du PS Fribourg, Marcel Mesnil

Wortmeldung: –

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die SP hat zu beiden Forderungen bereits entsprechende Vorstösse im Parlament eingereicht, sowohl bezüglich der Nicht-Diskriminierung von älteren Arbeitssuchenden in Stelleninseraten als auch bezüglich einer Glättung der Altersgutschriften. Es handelt sich also um berechnete

Forderungen, die wir unterstützen. Wir möchten uns in diesem Positionspapier aber auf die Ausbildungsaspekte konzentrieren.

Beschluss der Delegiertenversammlung: L'amendement est retiré.

A-27: Nadia Kuhn, Lorena Stocker, Hannah Pfalzgraf, Lewin Lempert, Bertil Munk, Camille Cantone, Dario Engeloeh, Andrea Simonett, Ronja Jansen, Julia Baumgartner

Wortmeldung: Camile Cantone, Ursula Funk

Le papier de position ne prend pas suffisamment en compte le travail non-rémunéré du *care.*, tels que la garde des enfants, l'aide aux proches ou les travaux domestiques. Les femmes ont des taux d'activité et des salaires bas. Elles n'ont pas le temps de se former. L'Etat doit appliquer des mesures pour soulager les femmes afin qu'elles puissent se former. Les mesures présentes dans ce document ne suffisent pas.

Wortmeldung für die GL: Ada Marra

Evidemment le comité directeur soutient ce qui a été dit. Il ne s'agit pas de revenir sur aucun de ces arguments. Mais le point fort de notre document est qu'il traite de l'accès à l'employabilité pour toutes et tous. Il ne s'agit pas de s'adresser qu'à une partie de la population mais à toutes et tous sans privilèges.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Auch diese Forderung wurde im Wirtschaftskonzept der SP „Unsere Wirtschaft“ ausführlich von den Delegierten erst gerade am 1. und 2. Dezember 2018 diskutiert und verabschiedet. Es handelt sich also um berechnigte Forderungen, die wir unterstützen. Wir möchten uns in diesem Positionspapier aber auf die Ausbildungsaspekte konzentrieren.

Beschluss der Delegiertenversammlung: A-27 est acceptée.

A-28: Susanne Leutenegger Oberholzer SP60+

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst stillschweigend Annahme.

A-29: Carlo Lepori SP60+

Wortmeldung: Carlo Lepori freut sich, dass die Anliegen der SP60+ zumindest teilweise aufgenommen wurden

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme gemäss Wirtschaftskonzept der SP Schweiz: Ziel der SP ist die Weiterbeschäftigung und die Reintegration in den Arbeitsmarkt. Für Menschen über 55, die trotzdem keine Stelle finden und die kein Anrecht mehr auf Arbeitslosengelder haben, fordert die SP die Einführung einer Überbrückungsrente auf nationaler Ebene. So können sie den Übergang in die Pensionierung ohne Verschlechterung ihrer AHV-Rente vorbereiten. Daneben profitieren die betroffenen Personen von garantierten Leistungen und sind nicht gezwungen, ihr Vorsorgekapital aufzubreuchen oder am Ende ihrer Berufskarriere Sozialhilfe zu beziehen. Unter-

nehmen mit unterdurchschnittlicher Quote an 55+ beteiligen sich überproportional an der Finanzierung.

Begründung: Die GL ist der Meinung, dass in diesem Positionspapier gerade auch für die älteren Arbeitenden der Weiterbildungsaspekt und die Möglichkeiten, auch nach dem 50. Altersjahr im Arbeitsprozess zu bleiben, im Vordergrund stehen sollen. Ziel soll die Weiterbeschäftigung sein. Trotzdem braucht es auch Massnahmen für Personen, die trotz Weiterbildung und Neuqualifizierung keine Stelle finden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: L'amendement est accepté telle que modifié.

A-30: Parti socialiste neuchâtois

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Bereits in der ersten These ist die Mitsprache und Mitbestimmung der betroffenen Personen ausdrücklich vorgesehen: „Die SP fordert eine Erwachsenenbildung mit Partizipation der Mitarbeitenden, die zu keinen Arbeitsunterbrüchen führt und in einen eidgenössisch anerkannten Abschluss mündet.“ Der entsprechende Passus kann aber mit dem Satz ergänzt werden: „Il s'agit donc d'assurer la possibilité pour toute personne demandeuse d'emploi de construire un véritable projet professionnel auquel elle adhère. Dans le cadre de l'AC, il s'agit également de permettre aux ORP de disposer de suffisamment de moyens pour accompagner les personnes demandeuses d'emploi vers une réinsertion. Le système actuel de financement dégressif des mesures du marché du chômage en fonction du taux de chômage du canton est inique et contreproductif.“

Beschluss der Delegiertenversammlung: L'amendement est accepté telle que modifié.

A-31: Mike-Justin KABONGI

Wortmeldung: Mike-Justin Kabongi hat zu Beginn dieses Traktandums den Antrag zurückgezogen.

Wortmeldung für die GL: Ada Marra

Ada betont, dass die SP die Partei ist, die weiss, wie die Situation auf den Arbeitsmärkten ist. Es ist nun an uns, unsere Forderung auf die Märkte, an die Haustüren und auf die Strassen zu tragen. Genossinnen, Genossen, ans Werk!

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL ist der Ansicht, dass mit den 12 vorgeschlagenen Thesen auch die Aus-, Weiterbildungs- und Integrationsbedürfnisse von Migranten und Migrantinnen bereits hinreichend berücksichtigt sind. Die Forderung erscheint auch wenig umsetzungsfähig, wenn die Gemeinden gezwungen werden sollen, aufgenommene Flüchtlinge sofort für den ersten Arbeitsmarkt einsatzfähig zu machen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag wurde zurückgezogen.

Gesamtabstimmung zum Positionspapier der SP Schweiz „Arbeit und Ausbildung für alle“ der Delegiertenversammlung: Einstimmig wird das Positionspapier mit den beschlossenen Anpassungen angenommen.

1.2 R-1 der Geschäftsleitung: Milliardenüberschüsse des Bundes in Bildung investieren!

Wortmeldung für die GL: Roger Nordmann

Einmal mehr hat sich BR Maurer um 3 Mrd verrechnet. Zumindest die Hälfte 1 Mrd. soll für die Bildungsoffensive genützt werden. Nägel mit Köpfen machen

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

1.3 R-2 SP MigrantInnen: Chancengleichheit in der Berufsbildung

Wortmeldung: Mustafa Atici

Mustafa Atici betont, dass das duale Bildungssystem ein grosser Erfolg sei, dass aber weiterhin blinde Flecken bestehen: Es ist erwiesen, dass Menschen aus bildungsfernen Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund weniger Chancen haben. Grosse Herausforderungen bestünden insbesondere auch in der beruflichen Weiterbildung. Alle Hindernisse, die Chancengerechtigkeit verhindern, sollen abgeschafft werden.

Wortmeldung für die GL: Keine Wortmeldung seitens der GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird einstimmig angenommen.

2. Frauenjahr 2019: Gleichstellung jetzt!

Reden von Natascha Wey und Martine Docourt, Co-Präsidentinnen der SP Frauen*.

Natascha Wey weist nochmals auf den Frauenstreik vom 14. Juni hin. Die Mobilisierung laufe gut, in sämtlichen Kantonen gäbe es unterdessen Streikkomitees. Die Sprechende weist darauf hin, dass die SP sowohl in den Komitees und am Streiktag selber präsent sein sollte. Am 14. Juni selber werde es keine gemeinsame Veranstaltung in Bern geben, einzig einen gemeinsamen „Moment“ in der ganzen Schweiz um 11:00. Es seien viele dezentrale Aktionen und Kundgebungen geplant. Um 15:30 sei Arbeitsschluss für alle Frauen in der Schweiz.

Martine Docourt weist auf den 8. März, den internationalen Frauentag, hin. Die SP-Frauen hätten dazu eine Flyer-Aktion geplant zur Care-Arbeit. Der Tag, an welchem es auch diverse Kundgebungen geben wird, sei auch ein guter Zeitpunkt, um auf Streik aufmerksam zu machen.

Camille Selleger: Viele Komitees organisierten sich gut auf Regionaler Ebene, auf nationaler Ebene sei die Koordination jedoch noch schwach. Die SP solle sich deshalb für die nationale Streikkoordination engagieren und diese auch finanziell unterstützen. Am 10. März findet die einzige nationale Streikversammlung in Biel statt. Zur Erinnerung sei darauf hingewiesen, dass der letzte Streik tausende Frauen politisiert habe, Ruth Dreyfuss in den Bundesrat gebracht und zum Mutterschaftsurlaub geführt habe.

Nadine freut sich sehr, in die Wahlen einzusteigen. Das Ziel sei klar: Die rechtsbürgerliche Mehrheit brechen! Denn diese Mehrheit wolle Kriegsmaterial in Konfliktländer exportieren und dabei bei den Schwächsten sparen, die Energiewende sabotieren, eine echte Gleichstellung verhindern und bei steigenden Krankenkassenprämien Steuerprivilegien für die Wohlhabenden durchsetzen. Mehr Demokratie, Rechtsstaat, und Solidarität - diese Werte teilten viele! Es brauche nun Tatbeweise einer

neuen, konstruktiven Mehrheit. Dafür brauche es die SP, die sich für Umwelt und Mensch gleichermaßen einsetzt. Glaube man dem Wahlbarometer, bestehe die Gefahr, dass die FDP die SP überholt – was nicht passieren dürfe. Nur dank der SP gäbe es die AHV; das Frauenstimmrecht, die Energiestrategie 2050 und die Mutterschaftsversicherung. Diese Erfolge für alle statt für wenige dürften wir nicht vergessen und den Leuten gerne auch mal in Erinnerung rufen.

Auftritt von Knuth + Tucek – in vier Sprachen!

3. Kein Geld für Öl: Die SP kämpft gegen die Klimaerhitzung

Nadine Masshardt führt in den Punkt 3 ein und Begrüsst herzlich die Vertretung der Klimastreikenden.

Auftritt Klimastreikende: Jonas Kampus, Ronahi Yener

Rohani Yener bemerkt zu Beginn, dass die Reaktionen auf die Klimastreiks zuerst skeptisch ausgefallen seien. Am 2. Februar hätten dann aber insgesamt über 60'000 Personen demonstriert in der Schweiz. Und natürlich hätten sie auch konkrete Forderungen, vier an der Zahl. Es solle ein nationaler Klimanotstand ausgerufen werden, die Schweiz solle die Klimaerwärmung als Krise anerkennen, die bewältigt werden muss und der Bund solle die Bevölkerung laufend über die Ursachen und Folgen des Klimawandels informieren. Weiter solle die Schweiz bis 2030 netto null Treibhausgasemissionen haben. Die neuste Forderung beträfe die Klimagerechtigkeit – es sollten die Hauptverantwortlichen für den Klimawandel zur Verantwortung gezogen werden. Falls diese Forderungen nicht erfüllt würden, müsse ein grundsätzlicher Systemwandel stattfinden.

Jonas Kampus dankt für die Unterstützung von Seiten der SP. Die Partei habe eine kohärente Umweltpolitik, doch werde sie nicht unbedingt als umweltbewusste Partei wahrgenommen. So fragte er, ob die SP wirklich Tesla-fahrend den Kapitalismus überwinden wolle? Der grüne Kapitalismus könne keine Alternative sein. Es sei wichtig, verschiedene Themen zusammen zu führen und z.B. Theorien wie den Öko-Feminismus zu beachten. Eine neoliberale Klimapolitik wie in Frankreich bringe nur die Leute auf die Strasse. Die SP müsse kompromisslos hinter dem Klimaschutz stehen, die Klimastreikenden bräuchten diese Unterstützung.

Voten von Eric Nussbaumer und Claudia Friedl

Eric Nussbaumer beklagt, dass die Fortschritte in Klimapolitik extrem schleppend seien. Auch weil sich die FDP und SVP immer wieder erfolgreich gegen Massnahmen gestellt hätten, gäben wir immer noch viel zu viel Geld aus für Öl und Gas. Mit der Cleantech-Initiative setzte sich die SP aber schon früher erfolgreich für eine engere Verflechtung der Handelspolitik mit nachhaltiger Entwicklung ein. Eric kämpfe für innovative Ideen und Vorschläge. Um die Klimazielen erreichen zu können, brauche es auch neue Vorgaben für die Finanzindustrie, eine Konsequente Wende hin zur Elektromobilität und endlich eine Abgabe auf Flugtickets.

Claudia Friedl zeigt sich beeindruckt von den Jugendlichen. Die Schweiz habe das Klimaabkommen von Paris unterschrieben, die SP setze sich dafür ein, dass diese Ziele wirklich erreicht werden könnten. Bis heute gäbe es keinen Klimaschutzartikel in unserer Verfassung – wie es dies für Ernährung etc. gibt. Deshalb habe der Verein Klimaschutz Schweiz die Gletscher-Initiative lanciert. Bund und Kantone würden dazu verpflichtet, Verantwortung zu übernehmen. Die Initiative beinhalte klare Ziele: Null Emissionen durch Öl, Gas und Kohle im Jahr 2050. Dies sei etwas später als 2030, wie es die Jungen forderten, dennoch wäre so schon viel erreicht. Die Klimapolitik müsse sozialverträglich sein. Unter anderem mit finanziellen Massnahmen solle sichergestellt werden, dass weniger Privile-

gierte auch weiterhin am ganzen sozialen Leben teilnehmen könnten. Die Initiative fordere diese Sozialverträglichkeit ebenfalls. Weiter fordere sie Innovations- & Technologieförderung. Sie sei ein starkes Druckmittel, damit in den Räten endlich etwas passiert und damit ein Zeichen gesetzt werden könne.

3.1 R-3 Ronja Jansen et al: Solidarität mit den Klimastreikbewegungen

Wortmeldung: Clément Borgeaud (Juso)

Clément weist auf die dramatischen Folgen der vorherrschenden Inaktivität hin und hält fest, dass Einzelhandlungen den Klimawandel nicht abwenden könnten. Es brauche einen Systemwechsel, eine ökologische Vision der Gesellschaft. Die Juso verlangt von der SP die Unterstützung der Forderungen der Klimastreikenden.

Wortmeldung: Martine Docourt (SP Frauen*)

Martine macht die Verbindung zwischen den Anliegen der Frauenbewegung und jenen der Klimastreikenden. In beiden Fragen sei eine gerechtere Verteilung des Reichtums wichtig und Solidarität mit Ländern im Süden gefragt. Letztere seien schon heute viel stärker vom Klimawandel betroffen als der reiche Norden, diese Ungerechtigkeit gälte es zu beheben. Stossend sei auch, dass Massnahmen zum Klimaschutz im Budget der Eidgenossenschaft kaum zu finden seien. Die SP Frauen* würden deshalb die Unterstützung der Resolution für mehr Klima- und Sozialgerechtigkeit unterstützen.

Wortmeldung: Beat Jans

Beat stellt zu Beginn fest, dass die GL empfiehlt, die Resolution der Juso zum Klimastreik zu unterstützen. Dies, weil die SP ein Teil dieser Bewegung sei und sich seit Jahrzehnten für die Klimawende einsetze. Die Zukunft unseres Planeten sei wichtiger als kurzfristige Profite. Was würde versprochen bei einer Unterstützung der Resolution? Nicht versprechen könnte man, bis 2030 klimaneutral zu sein – dazu gäbe es die Rezepte einerseits noch nicht und dazu fehle es schlicht auch an politischem Einfluss. Was man aber versprechen würde sei, dass das Thema zuoberst auf der Traktandenliste stehen bleibt, bis das 1,5 Grad-Ziel erreicht sei. Wie an der Delegiertenversammlung in Lausanne (23. Juni 2018) beschlossen worden sei, müsse auch der Finanzplatz zu mehr Klimaschutz verpflichtet werden. Über die Forderung hin zur Elektromobilität („Teslabemerkung“) sollte man sich nicht lustig machen, denn es gäbe zurzeit keine griffigeren und schnelleren Massnahmen als die konsequente Förderung der Elektromobilität.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Accepté à l'unanimité. Deux abstentions.

3.2 Gletscher-Initiative: Für eine Schweiz mit Null CO2-Emissionen

Wortmeldung: Roger Nordmann

Roger bemerkt, dass wenn man jährlich 2% des BIP investieren würde in den Klimaschutz, das Problem in zehn Jahren wohl gelöst wäre. Die Gletscherinitiative fordere netto Null Emissionen im Jahr 2050 – was pragmatisch und realisierbar sei. Die GL empfehle, die Initiative zu unterstützen und bei der Unterschriftensammlung mitzuhelfen. Die Initiative werde auch helfen, den Druck im Parlament zu erhöhen. Es reiche nicht, das Problem zu benennen, man müsse nun endlich Massnahmen ergreifen.

Wortmeldung: Martin Reichlin (SP 60+)

Martin bekundet die Unterstützung der Initiative durch die SP 60+. Er macht darauf aufmerksam, dass die Klimamodelle uns zeigen würden, dass die Wetterextreme zunehmen werden – welche älteren Menschen und Kleinkinder zuerst betreffen. Der Klimawandel ist somit auch eine soziale Frage. Inzwischen hätten die Klimaseniorinnen geklagt, die Schüler_innen gingen auf die Strasse - doch noch immer hätten die Ignoranten das sagen. Martin ruft zum Engagement in einem Lokalkomitee auf; die Leute würden Schlange stehen für eine Unterschrift! Die SP solle zeigen, dass sie etwas tun wolle und tun könne gegen die Klimaerhitzung.

Wortmeldung: Andrea Simonett (Juso)

Andrea erzählt, er sei in der Nähe des Morteratschgletschers, welcher schon um 2,5 km geschrumpft sei, aufgewachsen. Doch auch Überschwemmungen in Mozambique mit Millionen von Betroffenen und Dürren in Madagaskar mit ebenso katastrophalen Folgen seien Klimakatastrophen. Die heute junge Generation sei die erste, welche den Klimawandel direkt spüre - und deshalb auch weltweit aktiv sei. Als Mitglied der SP, Juso und auch als junger Mensch bittet Andrea um eine wirksame Klimapolitik und um die Unterstützung der Gletscherinitiative.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Unterstützung der Initiative

Beschluss der Delegiertenversammlung : Le soutien à l'initiative est accepté à l'unanimité, moins une voix. La proposition est donc acceptée à plus de 2/3.

4. Für tiefere Krankenkassenprämien!

Es wird der Film-Clip der Lancierung der Initiative auf dem Waisenhausplatz gezeigt.

Wortmeldung: Barbara Gysi

Barbara verkündet, dass die Initiative diese Woche (26. Februar 2019) gestartet sei. Die Belastung durch die Krankenkassenprämien sei dramatisch angestiegen. Einzelne Personen müssten bis zu 20% ihres Einkommens dafür ausgeben. Deshalb brauche es nun ein klares Ziel: niemand soll mehr als 10% des verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien bezahlen müssen. Wir hätten in der Schweiz das unsoziale Kopfprämiensystem. Die kantonal verschiedenen Systeme der Prämienverbilligung müssten harmonisiert werden. Das Geld für die Entlastung sei vorhanden – alles sei eine Frage des politischen Willens. Daneben müsse man über die Kosten reden, über eine drohende Zweiklassenmedizin, über die zu hohe Preise der Pharmaindustrie und über die Überversorgung.

Der Initiativtext sei bewusst ganz einfach gehalten. Die steuerbaren Einkünfte werden als massgebendes Einkommen bestimmt, da diese im Steuerrecht bereits klar definiert sind. Ein Teil des Vermögens (vorgeschlagen wird ein Fünftel des Reinvermögens) soll auch in der Bestimmung des massgebenden Einkommens berücksichtigt werden, um zu verhindern, dass Haushalte mit tiefem Einkommen aber hohem Vermögen Anspruch auf Prämienverbilligung erhalten.

Das Bundesgerichtsurteil zur Einkommensgrenze zur Verbilligung der Krankenkassenprämien zeigte den kantonalen Flickenteppich bei den Prämienverbilligungen auf und somit den Handlungsbedarf und die Notwendigkeit dieser Initiative.

Wortmeldung: Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern)

Die Delegierten wüssten es, so Sebastian - die folgende Geschichte habe ein Happyend. Der Kanton Luzern sei in letzter Zeit eher als Lachnummer bekannt geworden, als Beispiel dafür, was passiert, wenn die Bürgerlichen die Mehrheit haben im Parlament und in der Regierung. Stichworte sind die Zwangsferien und die Prämienverbilligung. Letztere wäre schon immer tief gewesen. Bundesgelder, die für 2016-2017 hätten in die Prämienverbilligung fliessen sollen, seien für Steuersenkungen verwendet worden. Es sei so weit gekommen, dass Familien bereits erhaltene Gelder hätten zurückzahlen müssen! Daraufhin habe die SP LU das Recht auf Prämienverbilligungen eingeklagt. 400 Familien seien an der Sammelklage beteiligt gewesen, die Partei habe juristische Kosten und Backgroundarbeit übernommen. In dieser Zeit habe Sebastian viele Bewegende Geschichten mitbekommen: über Familien, die auf Ferien verzichteten und Personen, die ihre Musikinstrumente verkaufen mussten wegen der hohen Krankenkassenprämien.

Zwar habe das Kantonsgericht in seiner Entscheidung die Regierung kritisiert, doch wurde die Beschwerde abgewiesen. Der Fall wurde ans Bundesgericht weitergezogen. Am 25. Januar sei bekannt geworden, dass die SP gewonnen habe vor dem Bundesgericht! Die mediale Rezeption dieses Urteils sei sehr erfreulich gewesen. Noch bewegender aber seien die hunderten von positiven Reaktionen der Menschen. Man habe mit diesem Engagement viele Menschen erreicht – auch über die Parteigrenze hinaus. Nun gelte es, Jürg Meier in den Regierungsrat zu wählen, er habe viel mitgearbeitet im Hintergrund. Die Prämien-Entlastungs-Initiative (PEI) werde der Partei in den Luzerner Wahlen weiteren Schub geben.

Wortmeldung: Rebekka Wyler

Rebekka ruft zum Sammel-Wettbewerb auf für die PEI. Die SP sei ja eigentlich gegen den Wettbewerb, gerade deshalb gäbe es nun einen öffentlichen Sammelwettbewerb, bis am 17. März könne man sich anmelden. Die Sammelzeit dauere dann vom 1. April bis zum 1. Juli. Die Mitarbeiter des Zentralsekretariats seien nicht teilnahmeberechtigt. Gewinnen könne man eine Führung im Bundeshaus mit Barbara Gysi oder einem/einer Parlamentarier/in der Wahl, eine Hotelübernachtung etc. Übrigens melde das Onlineteam, dass das Video der Lancierung online sei und gerne weiterverbreitet werden könne.

5. Gemeinsam gegen die Macht des Stärkeren: Wir starten ins Wahljahr!

Auftritt Etrit Hasler: in seiner so humorvollen wie kämpferischen Rede (auf Deutsch und Französisch) sparte Etrit nicht mit Seitenhieben anderen Parteien gegenüber, brachte auf den Punkt, weshalb es die SP heute mehr denn je braucht und gab so den Delegierten viel Energie für den kommenden Wahlkampf mit.

6. Statutarische Geschäfte

Budget 2019

Rebekka présente le budget. Tous les détails sont disponibles dans la [Documentation finale de l'Assemblée des Délégué-e-s du 2 mars 2019](#).

Empfehlung der Geschäftsleitung: Genehmigung des Budgets 2019

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Budget 2019 wird einstimmig genehmigt

7. Wahlgeschäfte

Neuwahl Co-Präsidium Fachkommission „Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität“

Barbara Lanthemann gibt das Co-Präsidium der Fachkommission „Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität“ ab. Für den freiwerdenden Sitz stellt sich Muriel Waeger zur Wahl.

Muriel n'a malheureusement pas pu être présente aujourd'hui, mais elle est présentée par Angelo Barrile, co-président de la Commission. Murielle, 24 ans, est très active au près des JUSO depuis huit ans. De plus, depuis plusieurs mois, elle est très engagée dans la Commission spécialisée « Orientation sexuelle et identité de genre » et fait un excellent travail. Elle en est la représentante romande. Ses motivations pour la co-présidence sont les suivantes : certains thèmes LGBTIQ* lui tiennent à cœur. A son avis, le PS n'est pas suffisamment visible par rapport à ces questions. Il s'agit donc d'obtenir davantage d'égalité de droit et moins de discriminations. Murielle fait un travail important en matière de récolte de fonds, d'information auprès notamment des écoliers. De plus, il est important de parler de cette commission, car elle est malheureusement encore très peu connue.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Wahl von Muriel Waeger ins Co-Präsidium.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Einstimmige Wahl.

8. Parolenfassung für eidg. Abstimmungen am 19. Mai

Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Daniel Jositsch würde sich freuen, wenn man zum Punkt gelangen könnte, an welchem es gar keine Schusswaffen mehr gäbe in Privathaushalten. Dies werde vorerst nicht möglich sein, doch sei es wichtig, dass Waffen möglichst aus dem Alltag verdrängt würden. Die Waffenrichtlinie sei v.a. aus Sicht der Terrorbekämpfung erlassen worden. Der Zugang zu halbautomatischen Waffen werde damit erschwert, wobei dies das Problem des Terrorismus nicht alleine löse. Die Waffenrichtlinie gehe zu wenig weit, aber in die richtige Richtung. Sie solle unterstützt werden, da die Partei akzeptieren müsse, die Initiative Schutz vor Waffengewalt mit 56% verloren zu haben. Der Bundesrat, genauer Simonetta, habe es in den Verhandlungen mit der EU zustande gebracht, dass die Mitglieder von Schützenvereinen ihre Waffen weiterhin zu Hause halten dürften, ebenso wie die Ordonanzwaffe. Statt dass die Waffenlobby sagen würde, da haben wir aber Glück gehabt dank dem Einsatz von Simonetta, machten sie jetzt als Dankeschön ein Referendum wegen ein paar zusätzlichen administrativen Erfordernissen. Wenn wir Richtlinie nicht übernahmen, seien wir aus dem Schengen-System,

und somit aus dem gesamteuropäischen Sicherheitssystem, raus. Daniel ermuntert die Delegierten mit Einsatz dafür zu stimmen und für ein entschiedenes, geschlossenes Ja.

Wortmeldung: Brigitte Crottaz

Si l'acquis communautaire n'était pas repris, la Suisse sortirait de Schengen. Schengen favorise le déplacement au sein de l'UE, améliore la lutte contre la criminalité et la politique de l'asile. Avec cet arrêté, il n'y a pas vraiment de changement. Le Conseil fédéral a pu faire prendre en compte les particularités suisses pour que les tireurs sportifs et les collectionneurs puissent garder leurs armes, ainsi que l'arme militaire. Cette loi ne va donc pas très loin. De plus, une norme élevée sur tout le continent participera à l'amélioration de la sécurité globale. Le trafic serait moins aisé. En outre, la limitation des armes permet de réduire le taux de suicide et la violence domestique.

Le lobby contre cette loi ne regarde que son intérêt plutôt que l'intérêt public. Les arguments n'ont aucun fondement. Cette loi n'aura aucune conséquence sur les chasseurs ou sur les personnes qui souhaitent garder leurs armes à la suite du service militaire. Son rejet, en revanche, aura de graves conséquences puisqu'il mènera à la sortir de Schengen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ja-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die DV beschliesst mit 106 zu 1 Stimmen die Ja-Parole.

9. Resolutionen und Anträge

R-4 SP60+: Keine Kürzung der laufenden BVG-Renten – Stärkung der AHV

Hansjürg Rohner (SP 60+) präsentierte die Resolution gegen allfällige Kürzungen bei laufenden BVG-Renten. Sollten flexible Renten Realität werden, könnten mehr Renteneinsteiger_innen die Rente als Kapital beziehen, nach dem Motto „was man hat, das hat man“. Oft seien solche Personen später aber auf Ergänzungsleistungen oder gar Sozialhilfe angewiesen, und diese würden ebenfalls runtergeschraubt. Die parlamentarische Initiative für flexible Renten wurde in der Kommission zwar knapp abgelehnt mit 10 zu 8 Stimmen, doch es brauche es bereits heute klare Gegensteuer. Die Kürzung von laufenden Renten sei nicht Verfassungsmässig. Ein solcher Eingriff müsse eine gesetzliche Grundlage haben und im öffentlichen Interesse sein. Auch im Namen der Rechtssicherheit sollen Verfassungsmässig gestützte Renten bestehen bleiben.

Günter Baigger verstärkt die Wortwahl von Hansjürg sogar noch, er wolle von einem Dammbbruch sprechen! In den 80er Jahren habe man gesagt, die 2. Säule sei sicher, im Gegensatz zur AHV (die auf dem Umlageverfahren basiert). Jetzt erlebten wir eine Nullzinsphase, in welcher die Pensionskassen grosse Probleme hätten. Mehr Sparen sei auch keine Lösung bei so tiefen Zinsen. Es gelte wachsam zu bleiben, damit die Renten nicht noch weiter gekürzt werden.

Barbara Gysi weist darauf hin, dass eine starke AHV wichtig sei. Bei der 2. Säule (BVG) würde ein grosser Abbau drohen, neue Renten seien massiv kleiner, als sie in Vergangenheit waren. Nun gäbe es die parlamentarische Initiative der GLP, die eine „Wackelrente“ einführen will. Im Moment ist diese zum Glück noch nicht Mehrheitsfähig, die SP werde sich dagegen wehren.

Die FDP wolle zudem Anlagerichtlinien aufweichen, damit noch risikoreicher angelegt werden könne. So würde noch viel mehr Geld in die Vermögensverwaltung gehen. Deshalb brauche es die Unterstützung für die Resolution.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Einstimmig angenommen.

A-1 Ronja Jansen et al: E-Voting Moratorium

Wortmeldung: Sandro Covo, Laurena Stocker, Andreas Von Gunten

Le e-voting pour des Suisses de l'étranger simplifie la participation à notre démocratie. Mais il y a aussi d'autres moyens pour cela. Le e-voting ouvre la porte à plein de dangers et dérives. L'introduction du système de e-voting pas complètement sûr risque de mener à une perte de confiance dans la démocratie. Plutôt que de faire du e-voting, il faudrait que la Confédération s'occupe que la récolte de signature en ligne soit possible. Le e-voting est un projet gigantesque qui ne peut pas se faire du jour au lendemain. Trois ans c'est trop court. Dix ans serait plus raisonnable.

Wortmeldung für die GL: Roger Nordmann

Les voix critiques qui ont été avancées seront transmises au Conseil fédéral dans la réponse à la consultation. Le comité directeur propose d'attendre la proposition du Conseil fédéral pour savoir s'il faut dire oui à l'initiative, ou lancer un référendum. Il propose de renvoyer cette discussion jusqu'à ce que nous connaissions la position de Conseil fédéral suite à la procédure de consultation.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Verschieben bis zum Vorliegen des Entwurfs der e-voting-Vorlage des Bundesrates

Begründung: Auch für die Geschäftsleitung kommt eine dauerhafte Einführung von e-voting nur in Frage, wenn dies genügend sicher ist und mit einem rein staatlichen System durchgeführt wird. Für einen definitiven Beschluss über die Unterstützung der Volksinitiative für ein e-voting Moratorium ist es aber zu früh. Zuerst soll der Entscheid des Bundesrates zur Vorlage zur flächendeckenden Einführung von e-voting abgewartet werden, die momentan in der Vernehmlassung ist. In dieser Vernehmlassung wird die SP Schweiz eine Erhöhung der Datensicherheit und eine rein staatliche Lösung fordern. Beim Vorliegen des Entscheides des Bundesrates zur e-voting Vorlage können wir dann beurteilen, ob unsere Bedingungen erfüllt wurden oder ob eine Unterstützung der Volksinitiative notwendig ist.

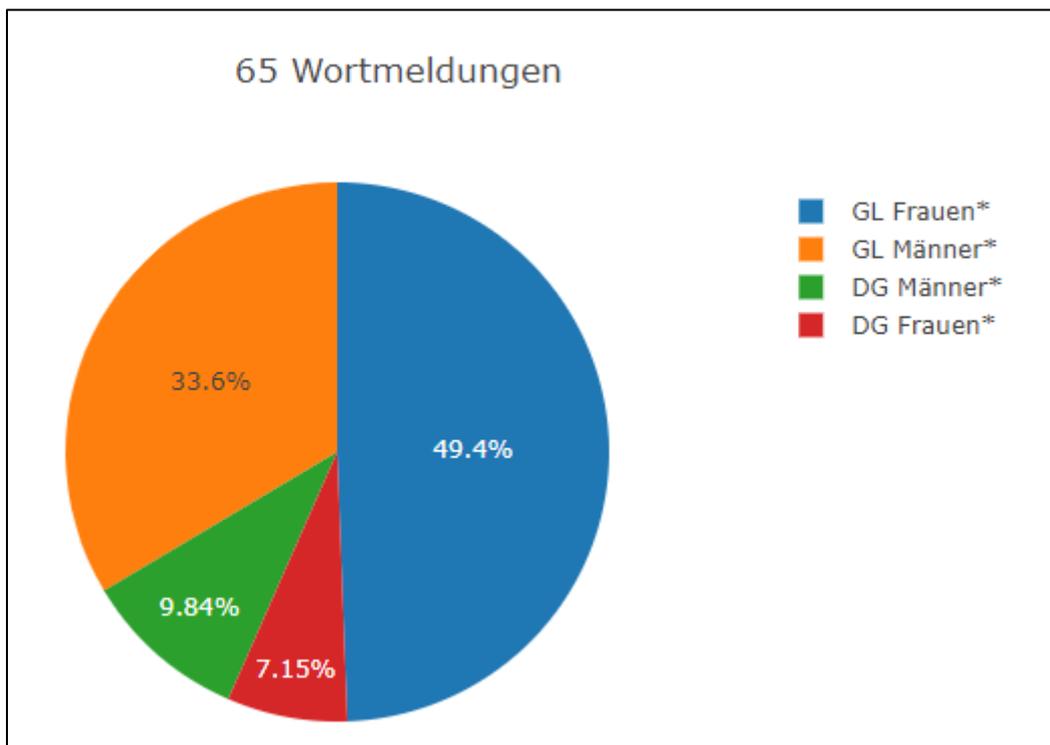
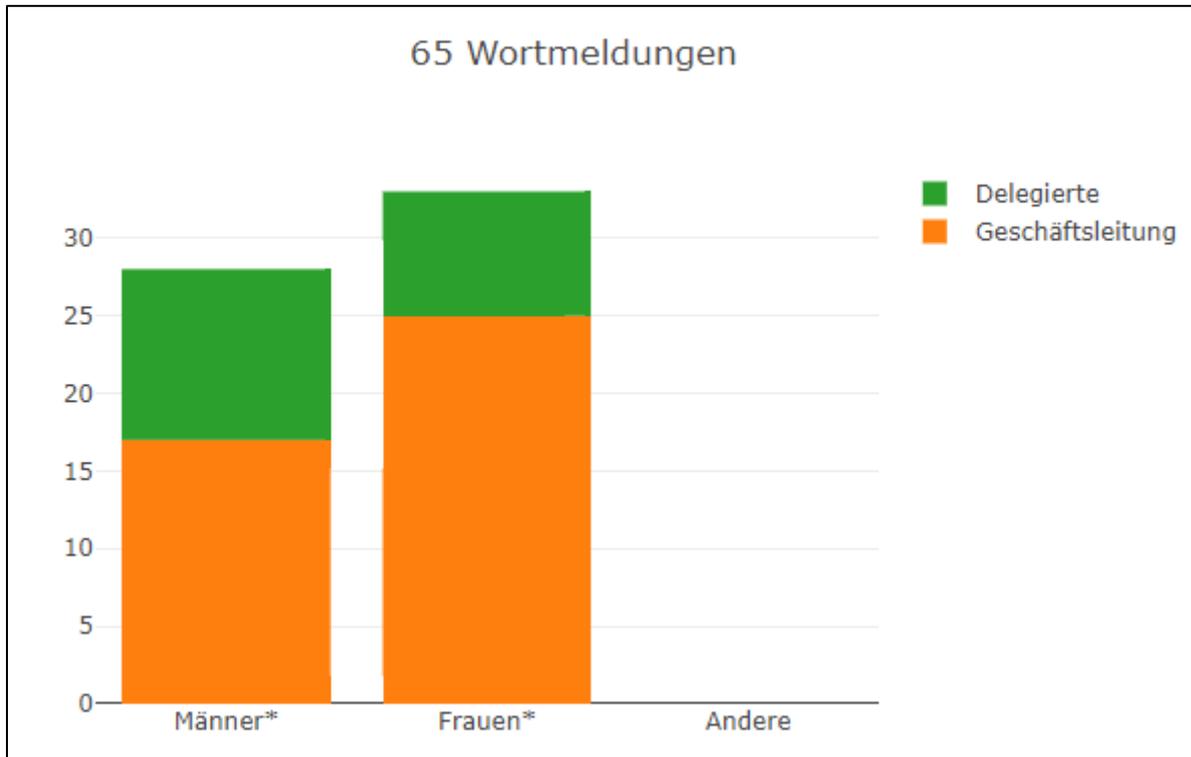
Beschluss der Delegiertenversammlung: Dem Antrag der GL wird mit 61 zu 55 Stimmen und einer Enthaltung gefolgt.

10. Schluss / Apéro

Micheal Sorg schliesst die Delegiertenversammlung, dankt allen für die Anwesenheit und der SP Kanton Schwyz für die Unterstützung und die finanzielle Beteiligung am Apéro sowie der Gemeinde Arth für den finanziellen Zustupf an den Apéro. Des Weiteren bedankt sie sich bei den Dolmetscher_innen, bei Stefan Merki und seinem Team von x-Light für die Technik und dem Personal des Zentralsekretariates der SP in Bern.

Gender-Watch-Protokoll

Nach Wortmeldungen



Nach Redezeit

